Gesellschaftsvertrag der Kulturcoaching gUG (haftungsbeschränkt)

§ 1 Firma, Sitz

1. Die Firma der Gesellschaft lautet: Kulturcoaching gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt).
2. Sitz der Gesellschaft ist Berlin.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Bildung und Erziehung sowie der Kunst und Kultur, insbesondere durch kulturelle Bildungsangebote. Das Recht jedes jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit im Sinne des §1 SGB VIII soll durch die vorgehaltenen Angebote verwirklicht werden. Benachteiligungen sollen abgebaut sowie positive Lebens- und Umweltbedingungen gefördert werden.
Darüber hinaus unterstützt die Kulturcoaching gemeinnützige UG Menschen aller Altersgruppen durch Angebote der kulturellen Bildung in der Entwicklung eines positiven Selbstbildes und stärkt die Selbstwirksamkeitserwartung und das Selbstwertgefühl der Teilnehmer. Die Vermittlung kultureller und ästhetischer Codes und Formate stärkt das Ausdrucksvermögen und befähigt zu selbstbestimmtem Artikulieren eigener Anliegen und Bedürfnisse. Soziale Zusammenhänge werden mit ästhetischen Mitteln erfahrbar gemacht und Gestaltungsprozesse angeregt. Unsere Grundhaltung richtet sich an der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg und dem systemischen Ansatz aus.
3. Der Satzungsweg wird verwirklicht durch die Planung und Durchführung von Theater-, Musik-, Kunst-, Tanz- und weiteren Kulturveranstaltungen als Bildungsmaßnahmen und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Dies beinhaltet die Organisation und Durchführung von kulturellen Workshops, Seminaren und fortlaufenden Trainings für die in 2. genannten Zielgruppen. Die Angebote werden für Einzelpersonen, Klein- sowie Großgruppen konzipiert und durchgeführt. Hierbei entwickeln wir mit den Teilnehmern unter anderem folgende Formate und bringen diese zur Aufführung:
 - Bereich Theater: Theaterstücke, theatrale Computerspiele, Improvisationstheater, Erzähltheater, Unsichtbares Theater, Forumtheater und unterschiedliche Spielformate.
 - Bereich Tanz: Choreografien, Ausdruckstanz, Embodiment/Verkörperung, Kontaktimprovisation, Hip Hop, Modern Dance.
 - Bereich Musik: Drum Circles, Chorarbeit, Circle Songs, Body Percussion, Musizieren mit Orff-Instrumenten, Bandmusik.

- Bereich Kunst: Zeichnen und Malen, Bildhauerei, Action Painting, Bühnenbildnerei, Illustrationen, Graffiti-Art.
- 4. Workshops und Seminare zu kulturellen Bildungsthemen und künstlerischen Methoden werden zudem für Multiplikatoren in unterschiedlichen Einrichtungen und Unternehmen konzipiert und durchgeführt. Darüber hinaus gestalten wir als Kulturschaffende Aufführungen, die ebenso einen Beitrag zur Perspektiverweiterung leisten sowie Selbstwertgefühl und Eigenverantwortung der Rezipienten stärken sollen.
- 5. Die Gesellschaft darf ihre gemeinnützigen Zwecke im In- und Ausland verfolgen und Zweigniederlassungen im Inland errichten. Sie arbeitet zur Verwirklichung ihrer Satzungszwecke in Kooperation mit Partnern, die selbst gemeinnützige Körperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts sind und kann dabei andere gemeinnützige und mildtätige Organisationen unterstützen, die ähnliche Zwecke verfolgen.
- 6. Die Gesellschaft ist im Rahmen ihres Zwecks zur Vornahme aller Geschäfte berechtigt, die den Unternehmensgegenstand unmittelbar zu fördern geeignet sind.

§ 3 Gemeinnützigkeit/Vermögensbindung

1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.
3. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
4. Die Gesellschaft darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
5. Die Gesellschaft ist im Rahmen des § 58 Nr. 2 AO berechtigt, ihre Mittel teilweise einer anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaft oder einer juristischen Person des öffentlichen Rechts zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken zuzuwenden.
6. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Kultur, Bildung und Erziehung.

§ 5 Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.

§ 6 Stammkapital, Geschäftsanteil

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 900 Euro. Es ist eingeteilt in 900 Geschäftsanteile zu je 1,00 Euro.
2. Auf das Stammkapital übernehmen als ihre Stammeinlagen: Katharina Heuer: 900 Geschäftsanteile mit den lfd. Nrn. 1-900.
3. Die Einlagen sind in Geld zu erbringen. Die Einlage ist sofort in voller Höhe zu erbringen.

§ 7 Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluss der Gesellschaftsversammlung kann einem oder mehreren Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.
3. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung können alle oder einzelne Geschäftsführer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
4. Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen.

§ 8 Gesellschafterversammlung

1. Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung gefasst. Die ordentliche Gesellschafterversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung, die über die Feststellung des Jahresüberschusses und über die Entlastung der Geschäftsführung beschließt, ist innerhalb der gesetzlichen Fristen durchzuführen. Im Übrigen ist die Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint und in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Wenn die Geschäftsführung einen mit Gründen versehenen Antrag auf Einberufung der Gesellschafterversammlung ablehnt, kann jeder Gesellschafter eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einberufen.
2. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer einberufen. Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen. Dabei werden der Tag der Absendung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet. Mit der Einladung sind die Tagesordnung und die Beschlussgegenstände bekannt zu geben. Wurde die Gesellschafterversammlung nicht ordnungsgemäß einberufen, können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn alle Gesellschafter an der Beschlussfassung teilnehmen.

3. Nehmen sämtliche Gesellschafter teil und widerspricht keiner der Beschlussfassung, können Gesellschafterbeschlüsse auch ohne Einhaltung der Vorschriften über die Einberufung einer Gesellschafterversammlung oder außerhalb von Gesellschafterversammlungen, insbesondere im Umlaufverfahren in schriftlicher Form, per Telefax oder E-Mail, telefonisch oder mit anderen elektronischen Kommunikationsmitteln gefasst werden. Die kombinierte Beschlussfassung ist zulässig.

§ 9 Beirat

1. Die Gesellschaft kann sich freiwillig einen Beirat geben. Die Mitglieder des Beirats werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt und können jederzeit fristlos abberufen werden.
2. Der Beirat berät die Geschäftsführung und trifft sich in regelmäßigen Abständen. Mitglieder des Beirats sollen Persönlichkeiten sein, die auf Grund ihrer beruflichen oder persönlichen Erfahrungen und Hintergründe die nötige Qualifikation mit sich bringen, um die Zwecke der Gesellschaft durch Rat zu fördern und nach außen zu vertreten. Die Mitglieder des Beirats können eine angemessene Vergütung erhalten, die den gemeinnützigen Zwecken der Gesellschaft Rechnung trägt.
3. Die Gesellschafter können mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Geschäftsordnung für den Beirat beschließen, der weitere Einzelheiten regelt.

§ 10 Geschäftsjahr und Jahresabschluss

1. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die gemeinnützige Unternehmergesellschaft ist zur gesetzlichen Buchführung verpflichtet. Zur Erstellung des Jahresabschlusses (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) wird ein Steuerberater beauftragt und, falls Gesetz oder ein Gesellschafterbeschluss eine Prüfung vorsehen, wird ein Rechnungsprüfer bestellt.
3. Der Jahresabschluss (Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung) ist von der Geschäftsführung in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres für das vorangegangene Jahr aufzustellen. Der aufgestellte Jahresabschluss ist den Gesellschaftern unverzüglich vorzulegen.

§ 11 Verfügung über Geschäftsanteile

Die Verfügung über Gesellschaftsanteile ist nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung zulässig. Die Zustimmung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Gesellschafter. Die verbliebenen Gesellschafter haben ein Vorkaufsrecht im Verhältnis ihrer Stammeinlagen. Macht ein Gesellschafter nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen davon Gebrauch, geht das Vorkaufsrecht anteilig auf die verbliebenen Gesellschafter und danach auf die Gesellschaft über, der eine Frist zur Ausübung von zwei Wochen zusteht.

§ 12 Austritt von Gesellschaftern

Jeder Gesellschafter kann den Austritt aus der Gesellschaft erklären. Der Austritt kann jederzeit erfolgen, wenn ein wichtiger Grund im Sinne des allgemeinen Gesellschaftsrechts vorliegt. In den übrigen Fällen ist der Austritt sechs Monate vor dem Ende des Geschäftsjahres zulässig.

§ 13 Ausschluss von Gesellschaftern

Ein Gesellschafter ist verpflichtet, ohne seine Zustimmung aus der Gesellschaft auszuscheiden,

- wenn und sobald über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird,
- wenn die Gesellschafterversammlung dies beschließt, weil in seinen Geschäftsanteil die Zwangsvollstreckung betrieben und nicht innerhalb von zwei Monaten wieder aufgehoben wird
- oder weil in seiner Person ein wichtiger Grund eingetreten ist, der für die übrigen Gesellschafter die Fortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses mit ihm unzumutbar macht.

§ 14 Ausscheiden und Tod von Gesellschaftern

1. Das Ausscheiden oder der Tod eines Gesellschafters führt nicht zur Auflösung der Gesellschaft. Die verbleibenden Gesellschafter haben unverzüglich einen Beschluss zu den Modalitäten der Fortführung zu fassen. Erben und Vermächtnisnehmer eines Gesellschafters sind verpflichtet, aus der Gesellschaft auszuscheiden. Scheidet ein Gesellschafter aus der Gesellschaft aus, ohne dass die Gesellschaft liquidiert wird, oder wird sein Geschäftsanteil eingezogen, erhält er eine Abfindung. Der ausscheidende Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer haben den Geschäftsanteil nach Maßgabe eines Gesellschafterbeschlusses mit der Mehrheit der Stimmen der übrigen Gesellschafter ganz oder geteilt an einen oder mehrere Gesellschafter, an die Gesellschaft oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte zu übertragen oder die Einziehung der Geschäftsanteile zu dulden. Der ausscheidende Gesellschafter bzw. seine Erben oder Vermächtnisnehmer erhalten eine Abfindung. § 3 Abs. 3 gilt entsprechend.
2. Die Abfindung ist in drei gleich hohen Raten zu zahlen. Die erste Rate ist sechs Monate nach dem Vollzug des Ausscheidens fällig, die folgenden Raten jeweils ein Jahr später. Das restliche Abfindungsguthaben ist jährlich mit 2 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen. Die Gesellschafter können eine vorzeitige Auszahlung des Abfindungsguthabens beschließen.

§ 15 Bekanntmachungen

Sämtliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 16 Änderungen des Vertrages

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 17 Schlussbestimmungen

1. Soweit dieser Vertrag keine Bestimmungen trifft, gelten die gesetzlichen Vorschriften.
2. Die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen des Vertrages berührt nicht seine Wirksamkeit. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung einer Lücke ist eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die dem am nächsten kommt, was die Vertragschließenden unter Berücksichtigung von der Tendenzausrichtung der Gesellschaft gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten. Beruht die Ungültigkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, so tritt an ihre Stelle das gesetzlich zulässige Maß. Sollte eine Anpassung aus Rechtlichen Gründen ausscheiden, sind die Gesellschafter verpflichtet eine entsprechende Satzungsregelung zu beschließen.
3. Der Gründungsaufwand wird bis zum Betrag von 300,00 EUR von der Gesellschaft getragen. Die übersteigenden Kosten tragen die Gesellschafter im Verhältnis der Nennbeiträge ihrer Geschäftsanteile.

Berlin, Januar 2024

Katharina Heuer
Geschäftsführende Gesellschafterin

Thekla Berger
Geschäftsführerin